

Europa verknappt CO₂-Zertifikate

EU-Parlament will den Preisverfall am Markt für Verschmutzungsrechte stoppen.

Thomas Ludwig

Brüssel

Das Europäische Parlament hat einer umstrittenen Nothilfe für den Handel mit Kohlendioxid-Emissionen zugestimmt. Die Abgeordneten stimmten am Mittwoch für eine Verknappung der Zertifikate. Dadurch soll der Preisverfall am Markt für Verschmutzungsrechte gestoppt werden - und das Recht, Kohlendioxid ausstoßen zu dürfen, würde wieder teurer. EU-Klimakommissarin Connie Hedegaard hält das für geboten, weil die Industrie ansonsten weniger in klimaschonende Produktion investiere.

In der Industrie kommt das Vorhaben gar nicht gut an. „Der kurzfristige Eingriff in den Emissionshandel diskreditiert das gesamte System, verunsichert dringend benötigte Kapitalgeber und gefährdet europaweite Investitionsprojekte“, sagte Holger Lösch, Mitglied der Hauptgeschäftsführung des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI). „Niemand sollte sich da-

durch Sand in die Augen streuen lassen, dass die Zustimmung zur Verknappung mit einem Fonds versüßt wird, in den zwei Drittel der zurückgehaltenen Zertifikate fließen und aus dem ab 2016 der Abbau des CO₂-Ausstoßes von energieintensiven Unternehmen gefördert werden soll“, sagte Wolfgang Steiger, Generalsekretär des Wirtschaftsrats der CDU.

Die kommunalen Energieversorger sind indes enttäuscht. „Das derzeitige Preisniveau der Emissionshandelszertifikate bietet keinerlei Anreize, um in neue und emissionsarme Technologien zu investieren“, erklärte der

Hauptgeschäftsführer des Verbands kommunaler Unternehmen, Hans-Joachim Reck.

Der Kommissionsvorschlag sieht vor, das Überangebot von derzeit schätzungsweise zwei Milliarden Zertifikaten von 2013 bis 2015 um 900 Millionen zu reduzieren. Ab 2016 könnten die Zertifikate dann wieder auf den Markt kommen. Ursprünglich war vorgesehen, die zurückgehaltenen CO₂-Rechte erst 2019 und 2020 wieder freizugeben. Der Kompromiss des Parlaments sieht zudem vor, einen Großteil des Erlöses aus diesem Verkauf in einen Fonds zur Förderung klimaschonender Projekte von Unternehmen zu stecken.

Nun müssen sich die Volksvertreter noch mit den Mitgliedstaaten einigen. Allerdings gibt es erheblichen Widerstand aus Polen, das bei seiner Energieversorgung immer noch stark vom Kohlestrom abhängig ist, und aus anderen südosteuropäischen Ländern. Deutschland hat wegen des Streits zwischen Umwelt- und Wirtschaftsministerium noch keine klare Position bezogen.

Der Emissionshandel ist das zentrale Instrument der EU-Klimaschutzpolitik. Demnach müssen Unternehmen ihren CO₂-Ausstoß mit Verschmutzungsrechten abdecken. Diese wurden ihnen in der Vergangenheit größtenteils kostenlos vom Staat zugeteilt. Einen kleineren Teil müssen sie hinzukaufen. Eine Tonne CO₂ kostet derzeit kaum mehr als 4,50 Euro, weil zu viele Zertifikate ausgegeben worden sind und die Emissionen infolge der Wirtschaftskrise sanken. Die EU-Kommission war ursprünglich davon ausgegangen, dass der Preis zum Ausstoß von einer Tonne CO₂ mindestens 20 Euro betragen müsse, um die Industrie zum Klimaschutz zu drängen.

Experten zufolge könnte die Verknappung den Preis binnen zwei Jahren auf zehn Euro treiben.